

„Rei“ – Tatsachen und Standpunkte zu Frau, Gender und Gesellschaft
Naamat – Abteilung für die Rechte der Frau

**Frauen in der Politik -
Vorschlag für eine feministische Tagesordnung**

Die Sicherstellung politischer Repräsentanz als demokratischer Grundsatz

Jede Diskussion über die Stellung von Frauen in der Politik beginnt mit der Frage, ob der weibliche Teil der Bevölkerung angemessen in den politischen Entscheidungsgremien vertreten ist. Dabei richtet sich der Blick zunächst auf die formale Politik – die Knesset, das israelische Parlament, und die Kommunen. Auf diesen beiden Ebenen hat sich die Repräsentanz der Frauen in den letzten Jahrzehnten leicht erhöht, wobei der Anstieg in Kommunalparlamenten offensichtlich bislang stabiler war als in der Knesset. Trotzdem liegt der Frauenanteil in diesen Gremien mit rund 15% immer noch sehr tief (vgl. Tabellen 1 und 2). Damit steht Israel verglichen mit anderen westlichen Demokratien schlecht da (<http://www.idea.int/>).

Die Erfahrung anderer Staaten zeigt, dass die Ungleichheit bei der Repräsentanz der Geschlechter nur durch eine Quotenregelung effektiv beseitigt werden kann. Die Initiative zu solchen Regelungen beruht auf dem Willen, die Rechte der Frauen zu fördern und das Postulat der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung der Geschlechter auch wirklich in die Tat umzusetzen. Quotenregelungen sind **temporäre Maßnahmen**, mit denen der Gesellschaft geholfen werden soll, festgefahrene Systeme, Normen und Standpunkte zu überwinden, die Diskriminierung hervorrufen. Es geht darum, historische Verzerrungen zu korrigieren und eine egalitäre politische Kultur aufzubauen. Jedem Geschlecht soll eine Mindestrepräsentanz von 40% garantiert werden, da jedes Prozent weniger das Randdasein der Frauen perpetuieren würde.

Tafel 1: Frauen in der Knesset*

Knesset	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Jahr	49	51	55	59	61	65	69	73	77	81	84	88	92	96	99	03
Zahl der Frauen	11	11	11	10	12	10	9	10	9	9	10	8	11	9	17	18
Frauenanteil in %	9,1	9,1	9,1	8,3	10	8,3	7,5	8,3	7,5	7,5	8,3	6,6	9,1	7,5	14,1	15

* Die Zahl der Frauen, die der Knesset während mindestens eines Teils der betreffenden Legislaturperiode effektiv angehörten. Das israelische Parlament umfasst 120 Abgeordnete.

Tafel 2: Frauen in den israelischen Kommunalparlamenten 1950-2003¹

Jahr	1950	1955	1959	1965	1969	1973	1978	1983	1989	1993	1998			2003**			
											Juden	Araber	Total	Juden	Araber	Total	
Total Abgeordnete	684	838	1008	1050	1070	1124	1173	1227	1360	1396	1593	770	2363	1462	562	2024	
Davon Frauen	29	34	36	32	39	51	65	93	116	153	237	3	240	206	4	210	
Frauen-anteil in %	4,2	4,1	3,6	3,1	3,6	4,5	5,5	7,6	8,5	10,9	14,9	0,4	10,2	14,09	0,71	10,37	
Zahl der gewählten Kommunalparlamente	61	80	98	98	96	98	99	101	104	106	107	63	170	102	53	155	

** Die Daten von 2003 betreffen nur 155 Kommunen

Quoten können auf Partei- oder Staatsebene festgelegt werden. Bei der Festlegung solcher Quoten kommt es interessanterweise zum Dominoeffekt: Führen einige Parteien offiziell Frauenquoten ein, ziehen die anderen Parteien formell oder informell oft nach.

Staatliche Quotenregelungen beeinflussen auch die Parteienkultur. So haben etwa Quotengesetze in Schweden und Frankreich den Frauenanteil in den gewählten Gremien dieser beiden Länder drastisch erhöht und damit auch die internen Strukturen der Parteien geprägt. Selbst Parteien, die keine offiziellen Frauenquoten kennen, sind bestrebt, den beiden Geschlechtern einen Anteil von mindestens 40% zu sichern. Die großen Fortschritte bei der Vertretung der Frauen sind also auf staatliche Gesetzgebung, auf den Wettbewerb der Parteien und auf die große Bedeutung zurückzuführen, die dem Thema Frauenförderung beigemessen wird.

In Israel drängt sich eine solche staatliche Quotenregelung angesichts der gesetzlich festgelegten staatlichen Parteienfinanzierung ebenfalls auf, da die Parteien Teil des demokratischen Wahlsystems sind, das die politische Repräsentanz in der Knesset bestimmt. Staatliche Parteienfinanzierung ohne gleiche Vertretung der Frauen in den Parteien bedeutet, dass **der Staat faktisch die Frauendiskriminierung finanziert**. Ein Parteienfinanzierungsgesetz ohne Frauenquote macht den Staat also zum aktiven Faktor politischer Diskriminierung.

Von Quantität zu Qualität: Von Frauenvertretung zu Frauenpolitik

Ein verbreiteter Vorwurf gegen Frauen in der Politik besagt, dass gewählte Frauen in vielen Fällen nicht die Interessen der Frauen vertreten und dass kein wesentlicher Unterschied besteht zwischen ihrer Politik und derjenigen ihrer männlichen Kollegen. Dieses Argument dient dann unter anderem als Rechtfertigung für den Standpunkt, dass keine Veranlassung bestehe, gezielt Frauen in die Knesset oder in das Kommunalparlament zu wählen. Die bisherige Forschung zu diesem Thema deutet darauf

¹ Das israelische Innenministerium veröffentlicht weder umfassende Daten über die Kommunalwahlen, noch verfügt es über Informationen zum Geschlecht der gewählten Vertreter. Angesichts dieser Tatsache ist es schwierig, an umfassende Daten zu gelangen. Dieses Positionspapier empfiehlt unter anderem, die Kommunalbehörden zu verpflichten, diese wichtige Information der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, ähnlich wie es bereits auf der Internetseite der Knesset realisiert wurde.

hin, dass es den Frauen, wenn sie in gewählten Gremien nur in geringer Zahl vertreten sind, oft nicht gelingt, eine alternative Tagesordnung durchzusetzen, die auch die Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt. Als kleine Minderheit sind sie dann gezwungen, den Standpunkt der männlichen Mehrheit anzunehmen. Sobald jedoch die Zahl der gewählten Frauen steigt, wird die in der Forschung beschriebene kritische Masse erreicht (Dahlerup 1988). Ob diese Frauen nun eine feministische Agenda mitbringen oder nicht, spielt keine Rolle. Die Tatsache, dass die Frauen zahlreich vertreten sind und eine andere Lebenserfahrung mitbringen als ihre männlichen Kollegen, hilft ihnen, Gesetze zu fördern, die die Bedürfnisse von Frauen berücksichtigen. Es gelingt ihnen dabei, den Diskurs sowohl im Stil als auch inhaltlich zu verändern (Lovenduski 2005).

„Frauenpolitik“ ist Politik aus der Gesellschaft und für die Gesellschaft.

Während Jahren herrschte die Ansicht vor, dass Themen, die von Frauen auf die politische Tagesordnung gesetzt werden, nur Frauen und ihre besonderen Probleme betreffen. So wurden zahlreiche soziale Themen wie die Stellung der Frau am Arbeitsmarkt, Tagesschulen, Kinder- und Altenbetreuung, sexuelle Gewalt etc. als „Frauenthemen“ eingestuft. Frauen, die sich dieser Themen annahmen, wurden als Vertreterinnen sektorieller Interessen betrachtet. Diese Sichtweise trat in den letzten Jahren allmählich in den Hintergrund, ist aber in Ansätzen immer noch vorhanden.

Es geht also zunächst darum, **der politischen Tagesordnung einen neuen begrifflichen Rahmen zu geben**. Was früher als „Frauenthema“ galt, ist als Frage von allgemeinem Belang zu formulieren. Einige der nachfolgend skizzierten Beispiele deuten darauf hin, dass dieser begriffliche Wandel bereits begonnen hat. Dies könnte dem Standpunkt, der einen solchen Wandel befürwortet, zusätzlich Auftrieb verleihen (Izraeli and Tabory 1988). Die ersten Spuren der Veränderung sind zweifellos das Resultat intensiver und vertiefter Öffentlichkeitsarbeit der Frauenorganisationen. So wird etwa die Bekämpfung der sexuellen Belästigung immer weniger nur als Frauenproblem und immer mehr auch als Phänomen dargestellt, das gegen Männer gerichtet ist. Mit anderen Worten, dieses Problem betrifft nicht nur Frauen, sondern die ganze Gesellschaft. Die Frauen, die sexueller Belästigung zum Opfer fallen, haben auch Väter, Ehepartner oder männliche Freunde. Zudem kann sich sexuelle Gewalt auch direkt gegen Männer richten und von Frauen ausgehen. Es geht also um das Thema sexuelle Belästigung und Gewalt an sich, und die Tatsache, dass Frauen häufiger unter dieser Art von Gewalt leiden, macht daraus noch kein Frauenthema. Im Gegenteil, die gesamte Gesellschaft ist betroffen.

Ein weiteres Beispiel ist der Kampf um Gleichberechtigung der Frau am Arbeitsplatz. Früher galt die Frau nur als sekundäre Ernährerin. Die Entscheidung, ob sie arbeiten soll oder nicht, wurde davon abhängig gemacht, ob ihr Einkommen die Kosten für das Kindermädchen oder für die Tagesschule „deckt“, die sie „ersetzen“. Nach dem neuen Verständnis stellen die Frauen die Hälfte der Arbeitskräfte der Wirtschaft, und ein Großteil des Familieneinkommens beruht auf der Arbeit beider Ehepartner. Frauen sind also am Arbeitsmarkt nicht nur „sekundäre Hilfskräfte“ oder eine temporäre „Reserveeinheit“, sondern ein integraler Bestandteil desselben. Der Anspruch auf gleichen Lohn wird dabei zum gemeinsamen Anliegen beider Ehepartner. Hinzu kommt, dass junge Paare heute eher zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Arbeitslast neigen.

Dadurch steigt letztlich auch der Druck auf die Männer, die einsehen müssen, dass Fragen wie die Betreuung der Kinder in Tagesschulen und die steuerliche Absetzungsfähigkeit der Kinderbetreuungskosten etc. auch sie betreffen und sie mit der Lösung dieser Fragen selbst auch einen Beitrag zum Familienleben leisten können.

„Frauenpolitik“ bringt neue Qualitäten

Seit die Wissenschaft damit begonnen hat, die Rolle der Frau in der Arbeitswelt, in der Politik und in diversen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens zu untersuchen, musste schon manches stereotype Urteil über die Frauen als passive, gefügte und geführte Wesen revidiert werden. Ob es daran liegt, dass Frauen von starkem Willen getrieben sind, sich in Bereichen zu bestätigen, die als Männerdomäne gelten oder ob sie einfach ihre Lebenserfahrung aus dem häuslichen und privaten Bereich zur Anwendung bringen, Tatsache ist, dass Frauen zahlreiche Eigenschaften offenbaren, die den verbreiteten Stereotypen widersprechen. So weisen Studien auf **innere Festigkeit** als weibliches Charaktermerkmal hin (Friedman 1996). **Vertrauenswürdigkeit, Behauptungsvermögen, Ausdauer und Zielstrebigkeit** sind Charaktereigenschaften, die immer häufiger Frauen zugeordnet werden und sowohl von Männern als auch von Frauen geschätzt werden (siehe z.B. Herzog and Schriber 1998). Frauen haben ein anderes **moralisches Empfinden**, das zu mehr Rücksicht auf Andere neigt. Geistige Flexibilität, die zu Kreativität und unorthodoxem Denken führt, sind ebenso weibliche Merkmale. Sie entwickeln sich besonders dort, wo viele Frauen den häuslichen Rahmen verlassen, da sie dann mit der alltäglichen Notwendigkeit konfrontiert sind, die Herausforderungen im familiären und im öffentlichen Bereich gleichzeitig zu meistern. Die resultierenden kreativen Lösungen (was manchmal auch als Seiltanzakt der Frau bezeichnet wird) bilden auch eine Grundlage für alternative Denkansätze in der politischen Planung und der Formulierung gesetzlicher und organisatorischer Lösungen. Hinzu kommt eine weitere wichtige weibliche Eigenschaft für die Etablierung einer alternativen Arbeitskultur und Politik und für die Friedensförderung. Studien haben gezeigt, dass Frauen und Männer unterschiedlich mit Konfliktsituationen in der Partnerschaft umgehen. Dieser Unterschied lässt sich auch auf den öffentlichen Bereich anwenden. Frauen neigen zu Dialog. Sie versuchen zu **überzeugen**, zu **schlichten** und zu **beruhigen** und ihren Partner zu stärken, während Männer auf Distanz gehen, schweigen und eigensinnig handeln. Männer fühlen sich in ihrer Stellung bedroht und versuchen, ihre Autonomie zu bewahren. Deshalb reagieren sie gereizt und gehen auf Distanz zum Partner. Mit anderen Worten, Frauen versuchen bei Konflikten, das Verhältnis zum Partner zu stärken, während Männer ihren Partnern ausweichen oder sich zurückziehen (Friedman 1996: 145-147).

Hierbei ist zu betonen, dass die Forschung diese Charakterneigungen nicht dem genetisch-biologischen Unterschied zwischen den Geschlechtern zuordnet, sondern den anderen sozialen Standorten der Frauen und den anderen Haltungen, die sie aufgrund dieser Standorte entwickeln. Doch dieser Standorte bringen der Gesellschaft freilich auch neue Erkenntnisse – neue Inhalte, neue Werte und neue Verhaltensmuster, die von beiden Geschlechtern adaptiert werden können.

Frauen und Frieden

Zwei miteinander verbundene Grundsätze sind dem Feminismus und dem Friedensaktivismus gemein: Der **Kampf gegen die Gewalt** und der **Kampf um Gleichberechtigung**. Die Forderung, auch die Meinung von Frauen zu berücksichtigen und sie bei Beratungen über Konfliktlösung und Friedensverträge mit einzubeziehen, verlangt nicht mehr als ein **Bürgerrecht**, nämlich das Recht auf gleichberechtigte Partnerschaft bei Entscheidungen über Politik und Ressourcenverteilung. Hinzu kommt, dass andauernde Gewaltsituationen und Kriege auch das Leben von Frauen und Mädchen betreffen. Ein **gewaltsamer Konflikt**, besonders zwischen Völkern, verstärkt die bereits vorhandene Gewalt gegen Frauen in Familie und Gemeinschaft, zementiert Machtverhältnisse und führt in vielen Fällen zum Rückfall in traditionelle Arbeitsteilungen. Andauernde Konflikte schaffen eine Wirtschaft, in der „männliche“ Schaffensbereiche im Zusammenhang mit Militär und Sicherheit gefördert werden und schaffen eine Kultur, in der die vom Militär reflektierte Männerwelt im Vordergrund steht. Die Verwendung öffentlicher Ressourcen für einen gewaltsamen Konflikt verändert die Prioritäten der Ressourcenverteilung. Gewaltsame Konflikte sind „große Ressourcenschlucker“. Beträchtliche Mittel werden benötigt, um das Militär als Organisation aufrechtzuerhalten, für Ausrüstung und Kriegsmaterial sowie für die ständige Gewährleistung der Sicherheit, d.h. für die militärische Besetzung von Territorien und um eine feindselige Bevölkerung unter Kontrolle zu halten. Diese Investitionen gehen auf Kosten von Mitteln für Soziales, Bildung und Gesundheit. Fehlen die Mittel in diesen Bereichen, bekommen dies vor allem Frauen zu spüren. Frauen haben es deshalb in der Hand, einen Wandel herbeiführen, indem sie das Denkmuster ändern, nämlich das Thema Frieden mit dem Gleichberechtigungsdiskurs verbinden und den Frauen ausgrenzenden männlichen-militärischen-gewaltbetonten und wirtschaftlichen Sicherheitsdiskurs durch einen Sicherheitsdiskurs mit neuen Bedeutungen ersetzen. Sicherheit ist auch soziale und persönliche Sicherheit. Davon sind Männer und Frauen gleichermaßen betroffen.

Neben der politischen Forderung der Teilnahme am Entscheidungsprozeß, einschließlich politischer Planung und Ressourcenverteilung, können und müssen Frauen **die Grenzen des Politischen erweitern**. Statt die Politik als Schauplatz der Entscheidung und des Bezwingens bzw. als Nullsummenspiel zu verstehen, ist eine Kultur des Dialogs zu schaffen, sind Menschen durch Verhandlung und Verständigung einander näher zu bringen. Statt auf Hierarchie, Macht- und Erfolgsstreben sollte die Politik auch auf Eigenschaften beruhen, die früher als irrelevant eingestuft wurden, nämlich auf Halacha, Einfühlungsvermögen, mütterliches Verantwortungsbewusstsein, Zuhören, Sensibilität, Einbeziehung des Anderen und Gleichberechtigung. Politik ist nicht nur das Benennen von Zielen und deren Realisierung, sondern auch die Schaffung von neuen gemeinsamen Tätigkeitsfeldern. **Konstruktive Tätigkeit** ist auch Politik. Frauen können Verbindungen schaffen, Koalitionen bilden und **Zusammenarbeit** erzeugen. Frauen können die Zusammenarbeit verschiedener Kräfte führend gestalten, nicht nur bei Verhandlungen über Grenzverläufe und Gebietsansprüche, sondern auch in anderen Bereichen wie Bildung, Umwelt, Gesundheit und Kultur. All dies würde nicht nur eine Kultur des

Friedens herbeiführen, sondern auch eine stilistisch und inhaltlich andere politische Kultur.

Doch der von Frauen herbeigeführte Wandel von einer militärischen zu einer zivilen Tagesordnung ist nicht unbedingt auf angeborene weibliche Eigenschaften, sondern auf die Erkenntnis von Frauen zurückzuführen, dass ihre Welt der von Gewalt und Militarismus dominierten Ordnung untergeordnet ist. Frauen sind von Natur aus mit Ausdauer und Hartnäckigkeit ausgestattet. Das ist unter anderem auch daran zu erkennen, dass in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene Friedensinitiativen in Israel und anderswo von Frauen ausgegangen waren (im Sudan, in Irland, in Lateinamerika und in Israel) (A. Herzog 2004).

Die Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrats vom Oktober 2000, wonach Frauen an Friedensprozessen und an der Konfliktbewältigung zu beteiligen sind, reflektiert den Geist der obigen Ausführungen.

Die Verpflichtung der israelischen Regierung, diese Resolution umzusetzen (Juli 2005), ist ein wichtiges Beispiel feministischer Politik. Sie reflektiert auch die Anerkennung der besonderen Folgen des Kriegszustandes für das Leben der Frauen und die Anerkennung der Bedeutung der Rolle, die Frauen bei der Konfliktbeilegung spielen. Sie ist zudem ein Beispiel für die Grundlage feministischer Politik: Zusammenarbeit, Ad-hoc-Koalitionen, Entschlossenheit, Ausdauer, Erklärungsvermögen und Überzeugungsfähigkeit sowie auch ein gewisses Maß an Kompromiss, wenn auch nicht, was das Grundprinzip der angemessenen Repräsentanz anbelangt. Eine Koalition aus jüdischen und arabischen Frauenorganisationen hat den Gesetzesentwurf für die Umsetzung der UNO-Resolution veranlasst, und der gemeinsamen Arbeit von Frauen in außerparlamentarischen Organisationen und weiblichen Knessetabgeordneten, intensiver Öffentlichkeitsarbeit, der Ausdauer (es dauerte fünf Jahre bis die UNO-Resolution in Israel im Gesetz verankert wurde) und Zielstrebigkeit ist es zu verdanken, dass das Gesetz schließlich verabschiedet werden konnte. Der Kampf rund um die Umsetzung steht den Frauenorganisationen aber noch bevor. Dazu werden sie sämtliche Stärken benötigen, die bei der erfolgreichen Verabschiedung des Gesetzes zum Zug kamen.

Zielgruppen

Bislang haben sich die Anstrengungen zur Schärfung des Bewusstseins für Frauenpolitik vor allem auf bereits politisch aktive Frauen konzentriert. Doch um die Vertretung der Frauen in der Politik zu erhöhen und um die allgemeine Politik mit Frauenpolitik zu bereichern, sollten auch andere Frauen angesprochen werden, die bereit sind, sich politisch zu engagieren. Gleichzeitig sind weitere Zielgruppen zu sensibilisieren: Männer in der Politik, erwachsene Wähler und nicht zuletzt auch Gymnasiasten als angehende Wähler. Dies könnte unter anderem durch Kurse, Konferenzen, Vorträge für die breite Öffentlichkeit, Werbung in den Medien, Begegnungen zwischen politischen Vertreterinnen und verschiedenen Publikumsgruppen sowie durch Führungskurse etc. geschehen.

Vernetzung und Koalitionenbildung

Frauen sind sich der Notwendigkeit bewusst, **Arbeitsnetze** aufzubauen, um in der Politik zu bestehen und eine neue Tagesordnung durchzusetzen. Organisationen müssen sich mit Kooperationsstrategien befassen, was ihre Kontakte mit anderen Organisationen, Parlamentariern, Entscheidungsträgern und mit den für den öffentlichen Diskurs zentralen Medien anbetrifft. Arbeits- und Hilfsnetze sind die Grundlage für die Bildung von **Koalitionen über Lager- und Organisationsgrenzen hinweg**. Auch hier kommt den großen Frauenorganisationen und ihrer Bereitschaft zu gleichberechtigter Zusammenarbeit mit kleinen Organisationen große Bedeutung zu. Es sollte eine öffentliche Debatte zwischen den Organisationen und innerhalb der Organisationen über Möglichkeiten der Verknüpfung stattfinden. Verknüpfung heißt aber nicht Einschränkung der Unabhängigkeit bestehender Organisationen, im Gegenteil. Die feministische Bewegung hat keine einheitliche Tagesordnung. Sie verkörpert sowohl ideologische Vielfalt als auch unterschiedliche Handlungsstrategien und Mobilisierungspotentiale. Die breite Streuung bedeutet hier Vertiefung, Quantität wird zu Qualität (Uri Ben Elieser 1999: 57). Zudem geht das Potential der Frauenbewegung über die Mobilisierung bereits bestehender Zielgruppen hinaus und umfasst auch die Erschließung **neuer Publikumsgruppen**.

Quellen

Uri Ben-Elieser, „Haim mithaweh Chewra ezrahit beIsrael? Politika weZehut baAmutot hahadashot“ (Bildet sich in Israel eine Zivilgesellschaft? Politik und Identität in den neuen Vereinen) [hebr.], *Soziologia Israelit* (Israelische Soziologie) [hebr.] bet(1) 1999, 51-97.

Esther Herzog, Parlament Nashim – Bamah lePolitika miZavit aheret (Frauenparlament – Arena für eine Politik aus anderer Perspektive) [hebr.], Zusammenfassende Berichte der Sitze 2003/2004, Tel Aviv 2004, 122-139.

Drude Dahlerup, „From a Small to a Large Minority: Theory of Critical Mass“, *Scandinavian Political Studies* 11 (1988), 275-298.

Hanna Herzog and N. Schriber, “Survey Findings of Public Attitudes Concerning Women’s Representation in Local Government“, The Israeli Institute for Economic and Social Research, Tel Aviv 1998.

Dafna Israeli and Ephraim Tabory, “The Political Context of Feminist Attitudes in Israel“, *Gender and Society* 2 (1988), 463-481.

Joni Lovenduski, *Feminizing Politics*, Oxford 2005.